

# ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

24 Jahre ZEITBÜHNE

23. Jahrgang Nr.6/2009

Euro 1,80

P.b.b. Verlagspostamt A-4400 Steyr  
Zulassungs-Nummer GZ 02Z031261 M

**Klimakonferenz in Kopenhagen gescheitert**

**Strom wird teurer**

**Bedanken Sie sich bei den Politikern**

**Klimaretter fälschten Temperaturdaten**

**Minarette und „Political Correctness“**

**Geplante Luftnovelle  
vernichtet Arbeitsplätze**

**Abschied vom Rechtsstaat**

**Christenvertreibung in Europa**

**Schuldspruch für Carter und Clinton**

**Minister Berlakovich im Zwielficht**

# ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

## INHALT

### KOMMENTARE

- 4 Abschied vom Rechtsstaat
- 5 Auf Lügen gebaut und gescheitert
- 6 Eine fehlgeleitete Kontroverse
- 29 Blutvergießen im vergessenen Eck Arabiens
- 29 Tritt Mahmud Abbas ab?
- 30 Der ägyptische Mauerbau

### 8,9 LESERMEINUNGEN

### WIRTSCHAFT & POLITIK

- 10 Schuldspruch für Carter und Clinton

### AUS DER INDUSTRIE

- 11 Der oberösterreichische Weg
- 13 Werte geben - Zukunft leben
- 13 Industriekonjunktur: Talsohle durchschritten

### AUS DER WIRTSCHAFT

- 14 Energiesparen mit Siemens
- 14 Ölheizungen verdreifacht
- 15 Rabmer-Bau erobert Asien
- 15 Abfallwirtschaft: Bürokratie statt Deregulierung
- 16 Fehlender IT-Nachwuchs mit gravierenden Folgen
- 17 Modernstes Gesundheitsnetzwerk Europas
- 17 Schutz vor Umwidmungen

### ENERGIE

- 18 Strom wird teurer  
Bedanken Sie sich bei den Politikern
- 19 Energie AG:  
Trotz Wirtschaftskrise solides Betriebsergebnis

### VERKEHR

- 20 Geplante Luftnovelle vernichtet Arbeitsplätze

### UMWELT

- 21 Eis der Polkappen
- 22 Klimadiktatur:  
Der Unterschied zwischen leben und vegetieren
- 22 Großbritannien baut Atomenergie aus

- 23 Anthropogene Klimaerwärmung

77 Nobelpreisträger sind skeptisch

- 23 Wie viele Menschenleben

kostet erneuerbare Energie?

- 24 Denkverbot für Klimaforscher

- 24 Die Klimälüge und die Wissenschaft

- 25 Über Sinn und Unsinn von Klimaschutzmaßnahmen

- 26 Klimaretter manipulierten Temperaturdaten

- 27 Die Warmzeit ist zu Ende!

- 28 Kein Beleg für Klimakatastrophe

### POLITIK

- 9 Vision eines Untergangs

- 31 Hypo Group Alpe Adria

Ein Ende mit Schrecken

- 32 Nikolaus Berlackovich

Trojanisches Pferd oder grüne Speerspitze

- 33 Ja zur Minarettverbots-Initiative

- 33 Fernstenliebe

- 33 Rocker-Krieg in Deutschland

- 34 Funktioniert Dublin?

- 34 Entwicklungshilfe versagt

### PRESSESPIEGEL

- 35 Im Namen des Volkes

- 35 Integrationsunwillig

- 35 Obama und Blackwater

- 35 Kyoto ist sinnlos

- 35 Polen mischt sich in Deutschlands Politik ein

### AUSLAND

- 36 Der Koran, die friedliebende Religion

- 36 Christenvertreibung in Europa

### BÜCHER

- 37 Im Visier des Staatssicherheitsdienstes

- 37 Englands Krieg

- 38 Dresden 1945

- 39 Krise der Finanzwirtschaft

- 39 Offen gesagt

- 39 Der Vergangenheit auf der Spur



## Abschied vom Rechtsstaat

Von Brigitte Zachl

Viele Länder Europas haben sich vom Rechtsstaat nicht nur verabschiedet, sie haben vielmehr das Recht umgekehrt. Anstatt Verbrechenopfern zu ihrem Recht zu verhelfen, werden die Täter geschützt. Aus Opfern werden Täter, aus Tätern Opfer und das Recht, eine Waffe zu tragen, habenfast nur noch Verbrecher.

In Deutschland attackierten Jugendliche einen Schwerstbehinderten brutal. In seiner Not wehrte sich dieser mit einem Pfefferspray. Das hätte er nicht dürfen. Er hätte warten müssen, ob er die Attacke überlebt und falls nicht, hätte er zu derart drastischen Abwehrmitteln greifen dürfen. Einer der Jugendlichen erstattete nämlich Anzeige gegen den Behinderten und bekam recht. Und dazu 1.800,- Euro Schmerzensgeld.

Auch der Münchner Geschäftsmann Dominik Brunner könnte noch leben, hätten die Richter nicht entschieden, die Jugendlichen, die ihn getötet haben, auf freien Fuß zusetzen, nachdem sie wegen schwerer Körperverletzung bereits inhaftiert waren.

Aber der Justizirrsinn geht weiter: Auf der Internetplattform youtube brüsteten sich Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nach heutiger Sprachregelung grundsätzlich eine Bereicherung für unsere Kultur und Gesellschaft sind, damit, ein junges Mädchen vergewaltigt zu haben. Wer nun glaubt, das würde die Staatsanwaltschaft auf den Plan rufen, irrt. Das interessiert niemanden. Schließlich handelt es sich ja nicht um den Bäcker um die Ecke.

Eine Lehrerin erwartete mit 39 Jahren ihr erstes Kind, eine klassische Hochrisikoschwangerschaft, worauf sie der behandelnde Arzt mehrfach aufmerksam gemacht und sie in die Risikoambulanz überwiesen hat. Die Frau Lehrer, durchaus des Lesens mächtig, hat dies schlicht ignoriert. Sie brachte ein Kind mit Down-Syndrom zur Welt und verklagte ihren Arzt, weil er sie nicht genügend auf das Risiko aufmerksam gemacht habe! Sie bekam recht. Der Arzt muß bis zum 18 Lebensjahr des Kindes zahlen, darüber hinaus für den behindertengerechten Umbau des Hauses usw.

In Wien wurde ein Politiker von einem Jugendlichen grundlos zusammengeschlagen, woraufhin er stürzte und an den Verletzungen starb. Die Strafe: 21 Monate bedingt und drei Monate unbedingt, verbüßt durch die Untersuchungshaft.

In Oberösterreich legte ein Jugendlicher insgesamt fünf Brände, er wurde auf freiem Fuß angezeigt. Hoffentlich

hat man ihm wenigstens die Streichhölzer weggenommen. In der Schweiz fügte sich eine aus Serbien stammende Putzfrau schwere Verletzungen am Arm selbst zu und erhielt nach dem angeblichen Unfall eine volle Invalidenrente und hohes Schmerzensgeld. Daraufhin zog sie sich in ihre Heimat zurück, wo der hohe Geldbetrag anscheinend eine wunderbare Heilung bewirkt hat. Denn die Serbin, die zuvor dem Gutachter gegenüber behauptet hatte, sie könne überhaupt nichts mehr arbeiten und nicht einmal ihr Kind tragen, wurde von Detektiven dabei beobachtet, wie sie völlig normal arbeitete, sich bewegte, Wäsche aufhängte und schwere Einkaufstaschen schleppte. Bei der IV-Rente geht es um den nicht geringen Betrag von 1,5 Millionen Franken, die mit falschen Angaben erschlichen worden sind. Das Gericht entschied auf zwei Jahre bedingt, das serbische Paar konnte das Untersuchungsgefängnis sofort nach der Verhandlung verlassen und natürlich das Geld behalten.

In England wurde eine 71jährige deutschstämmige Pensionistin wie eine Schwerverbrecherin von der Polizei festgenommen, nachdem sie einen Jugendlichen, der ihr immer wieder Steine ins Fenster geworfen und sie als deutsche Hure beschimpft hatte, an seiner Kleidung festgehalten hatte. Die gebrechliche Frau, die sich nur mit einem Rollwagen fortbewegen kann, wurde nicht etwa belobigt für ihre Zivilcourage, sondern zu einer Bewährungsstrafe und zur Zahlung von 50 Pfund für die Gerichtskosten verurteilt. Kein Wunder, wenn angesichts solcher Unrechtssprechung viele ihre Heimat in einen Unrechtsstaat versinken sehen.

Dabei kann man wirklich nicht behaupten, daß der Staat nicht willens wäre, die volle Härte des Gesetzes auszuüben. Jede Autofahrer weiß das, wenn er sich etwa solch schwerer Delikte wie mit einem Sprung in der Windschutzscheibe herumzufahren schuldig macht.

Es ist faszinierend zu beobachten, wie die Volksverdummung allmählich pandemische Ausmaße annimmt. Es steht natürlich jedermann frei, jugendliche und meist ausländische Gewalttäter, Drogenhändler und Betrüger als Bereicherung zu sehen. Die Fakten sprechen halt leider eine andere Sprache. Doch jedes System braucht solch nützliche Idioten. Ohne Mitläufer keine Diktatur! Und genau dorthin führt ein pervertierter Rechtsstaat, der seine angestammte Bevölkerung zu Bürgern zweiter Klasse degradiert und vor dessen Gerichten Straftäter offenbar nichts zu fürchten haben.



## Auf Lügen gebaut und gescheitert

Von Josef Zachl

Die Lügenblase ist geplatzt, doch Europa steckt den Kopf in den Sand. Was man seit Jahren wußte, konnte nun bewiesen werden: die weltweiten Temperaturmessungen, auch die aus Rußland gelieferten Daten, wurden nach oben gefälscht. Und die letzte Meldung: Ben Santer, Lead-Autor des IPCC, gestand, aus fünf Berichten die dem CO<sub>2</sub>-Kult unangenehmen Passagen einfach entfernt zu haben.

Ende des 20. Jahrhunderts begann im Bereich des Umweltschutzes mit anschließender Klimaretterei eine mediale Indoktrinierung, deren Ausmaß und Erfolg die Methoden des roten und braunen Sozialismus weit in den Schatten stellten. Nur ein einziges Beispiel: Ein österreichischer Wissenschaftler stellte fest, daß auftretendes Baumsterben nur marginal von Emissionen, massiv jedoch von Mangelercheinungen des Bodens verursacht wird. Die Kosten der Behebung würden sich in Grenzen halten und mittelfristig Erfolg zeigen. Dieses Gutachten wurde in größeren Abständen von einer deutschen Universität zwei Mal bestätigt. Alle drei Gutachten wurden unter Verschluss gehalten, denn schon vorher wurden Verkehr und Industrie als Umweltsünder gebrandmarkt und mit Auflagen und Beschränkungen sowie finanziellen Abgaben belastet. Die Politiker belogen das Volk.

Diese Methode des Totschweigens unerwünschter wissenschaftlicher Erkenntnisse wurde im Zusammenhang mit der drohenden „Klima-Katastrophe“ zur Perfektion entwickelt. Alle Aussagen, die die Horrorvisionen der Untergangspropheten bestätigen, werden als „Konsens aller ernstzunehmenden Wissenschaftler“, als unantastbare Wahrheit fixiert. Klimaretter wie Al Gore verdienen ein Vermögen.

Ein Konsens aller Wissenschaftler ist grundsätzlich ein Unding, denn dann hätte es kaum bahnbrechende Erfindungen und Entdeckungen zum Wohle der Menschheit gegeben. In diesem Zusammenhang wird immer noch der „Club of Rome“ zitiert, obwohl keine einzige seiner Endzeit-Prognosen eingetroffen ist. So etwa müßten schon seit rund zehn Jahren weltweit alle Erdöl- und Erdgas-Vorräte erschöpft sein, während sie in Wahrheit schneller wachsen als der steigende Verbrauch. Derzeit reichen die gesicherten Vorräte bei Erdöl 60 Jahre, bei Erdgas 80 Jahre. Der grüne Energie- und Umweltlandesrat Oberösterreichs hat sich erst kürzlich gerühmt, mit dem Club of Rome zusammen zu arbeiten.

Alle Warnungen, diese Talfahrt zu beenden, wurden unterdrückt. Bereits 1992 war die Ausbreitung dieser Pseudoreligion weltweit im Vormarsch. Anlässlich des damals stattfindenden „Erdgipfels“ unterzeichneten 264 überwiegend dem naturwissenschaftlichen Bereich angehörende Wissenschaftler aus aller Welt, darunter 52 Nobelpreisträger, den Heidelberger Aufruf. Darin bekannten sich die Unterzeichner zum Naturschutz und sparsamen Verbrauch der Ressourcen, appellierten jedoch an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs dieser Welt, die

einengenden Beschränkungen und finanziellen Belastungen für die angebliche Rettung der durch nichts bewiesenen Klimakatastrophe zu beenden

Ebenso wurde ein Aufruf von 7.200 vorwiegend US-amerikanischen Wissenschaftlern ignoriert oder diffamiert. Genauso wurde ein aktuell in Berlin durchgeführter Kongreß behandelt.

Jetzt steht Österreich am Pranger, weil es seine Kyotoverpflichtung nicht erfüllt hat. Daß Österreich zu den Industriestaaten mit den geringsten CO<sub>2</sub>-Emissionen gehört, interessiert niemand. Allerdings hätte Österreich diesen Vertrag nie unterschreiben dürfen, und wenn, die Unterschrift wieder zurückziehen müssen. Es wäre nicht der erste internationale Vertrag, der einseitig aufgelöst wird. Sehr bald wurde damals bekannt, daß diese Verpflichtung nur durch massive Entindustrialisierung erfüllt werden könnte.

Die Zeit vor und während der Klimakonferenz COP 15 in Kopenhagen hat alle bisherigen Medien-Kampagnen in den Schatten gestellt. Zielscheibe ist Europa, wobei Europas Politiker alles begierig aufgreifen und unterstützen, was Europas Wirtschaft schadet und Geld für Zahlungen an die Dritte Welt kostet. Das Angebot von mehr als 5 Milliarden Euro wurde von den 111 Entwicklungsländern überheblich zurückgewiesen und prompt von Europa auf 7,4 Milliarden und weiter auf 30 Milliarden aufgestockt. Milliarden, die, so wie die staatliche Entwicklungshilfe von bisher 500 Milliarden, für Rüstung und das Luxusleben der Potentaten ausgegeben werden. Weder die Armut noch das Klima werden durch Europas Fronzahlungen im Geringsten beeinflusst. Die Versprechungen der USA und Chinas sind ebenso unverbindlich, wie jene Indiens und Brasiliens

**Fälscher am Werk:** Wie sich erst jetzt herausstellte, werden seit zwei Jahrzehnten Temperatur-Meßdaten der Climate Research Unit, eine der weltweit wichtigsten Klima-Forschungsanstalten, nach oben manipuliert, um die angebliche Erderwärmung beweisen zu können: Ein Abgrund von Lügen, Manipulation und Desinformation.

Europas CO<sub>2</sub>-Emissionsanteil beträgt weltweit 10 Prozent! Die vielen Milliarden, die Europas Politiker alljährlich von Wirtschaft und Bevölkerung herauspreßen, bewirken nicht das Geringste zur Beeinflussung des Klimas, fördern jedoch die schleichende Entindustrialisierung zum Vorteil von Ländern wie China, Japan, Indien...

Die zunehmend zur Despotie entartete Demokratie von heute braucht keine Gewehre. Man boykottiert, grenzt aus und verhängt Blockaden - die Niederträchtigkeit feiert Triumphe. Orwells „1984“ und Huxleys „Schöne neue Welt“ feiern Auferstehung und die Welt lacht sich tot über Europa, das sich selbst entindustrialisiert und die weltweite Konkurrenz auch noch finanziert.



## Eine fehlgeleitete Kontroverse

### Minarette und „Political Correctness“

Richard G. Kerschhofer

In der fortdauernden Debatte um die Schweizer „Minarett-Abstimmung“ wurden und werden viele mehr oder weniger gescheite Meinungen geäußert und wichtige Fakten aufgezeigt. Doch ebenso wird manches Wesentliche ausgeblendet oder in irreführender Weise vorgebracht – ob nur aus Unwissen, sei dahingestellt.

So etwa wurde zu Recht darauf hingewiesen, daß es um die religiöse Freiheit, ja überhaupt um die vielbeschworenen Menschenrechte in vielen Ländern nicht sonderlich gut bestellt ist und daß in den meisten muslimischen Staaten nicht nur die Errichtung von Kirchtürmen, sondern sogar die von nichtmuslimischen Sakralbauten überhaupt offiziell verboten ist oder durch administrative Hürden praktisch verunmöglicht wird. Aber wenn bereits offen gedroht wird, den Schweizer Volksentscheid durch den EGMR, den angeblich „Europäischen“ Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, aufheben zu lassen, sollten unbedingt auch ein paar andere Dinge erwähnt werden:

Den Sprüchen des EGMR sind die Mitglieder des „Europarats“ unterworfen - nur diese. Der EGMR hat allerdings mehrfach bewiesen, daß ihm am Fortbestand des „christlichen Abendlands“ wenig gelegen ist: So etwa spricht er Föten die Menschenrechte ab und stuft Kreuze in Schulklassen als Verletzung der Menschenrechte ein. Doch hat er je die Türkei wegen Diskriminierung von Christen belangt? Denn auch die Türkei ist Europarats-Mitglied! Sie wurde bereits im Gründungsjahr des Europarats 1949 aufgenommen - die Bundesrepublik Deutschland erst 1951, Österreich 1956 und die Schweiz 1963. Die Schweiz hatte selbst lange gezögert, weil die Abgabe von Souveränitätsrechten eben nicht mit der Neutralität vereinbar ist.

Und wer denkt daran, daß auch Aserbaidschan Europarats-Mitglied ist oder daß Israel im Europa-Parlament und die USA sogar im Minister-Komitee offiziellen Beobachter-Status haben, aber natürlich nicht den EGMR fürchten müssen? Und wer hat beachtet, daß der Europarat jahrelang auf seinem Internet-Portal verkündet hatte, daß noch kein Staat in die EU aufgenommen wurde, der nicht vorher bereits Europarats-Mitglied war? Dieser allzu verdächtige Hinweis auf die längst abgesprochene EU-Aufnahme der Türkei ist mittlerweile heimlich verschwunden.

#### Was der Koran nicht vorschreibt

Der Koran schreibt vor, daß – aber nicht wo der Muslim fünfmal täglich beten muß. Die Pflicht ist erfüllt, egal ob

das Gebet in einer Moschee, daheim, auf offener Straße oder in freier Natur verrichtet wird.

Es bestehen auch keine koranischen Architektur-Vorschriften für Moscheen. Minarette gab es ursprünglich gar keine und bei vielen Moscheen gibt es sie bis heute nicht. Prominentestes Beispiel ist der Felsendom in Jerusalem, die drittheiligste Stätte des Islam. Aufbauend auf der jeweils lokal üblichen vorislamischen Architektur haben sich unterschiedliche Bauformen entwickelt. Im Maghreb etwa ähneln Minarette - abgesehen von ihrer Ziegel-Ornamentik – den quadratischen Türmen romanischer Kirchen. Vereinzelt gibt es auch sich nach oben verjüngende Minarette mit spiralförmiger Außentreppe, etwa bei der Moschee Ibn Tulun in Kairo oder der großen Moschee von Samarra nahe Bagdad.

Die Initiativen gegen Minarette beziehen sich aber durchwegs auf die spitze osmanische Bauform. Warum wohl? Weil diese Form in Mittel- und Osteuropa jahrhundertlang sichtbarstes Symbol für die gewaltsame osmanische Expansion war! In Ländern, die nie einer osmanischen Bedrohung ausgesetzt waren, sind vergleichbare Aversionen daher kaum zu finden.

Historische Gegebenheiten allein sind jedoch noch keine Basis für Aversionen. Es sei daran erinnert, daß Türkisches – oder was man dafür hielt - sogar zur Mode in Kleidung, Süßwaren, Mobiliar, Dekoration, Literatur (West-östlicher Diwan) und Musik (Alla turca) wurde, nachdem die Türkengefahr abgewendet war. Es gab auch keine Aufregung, als 1979 im Donaupark nahe der neuen Wiener UNO-City die von den Saudis finanzierte erste Wiener Moschee eröffnet wurde. Denn warum sollten die Muslime unter den von UNO-Teilorganisationen Beschäftigten keine Moschee haben? Und als man in Wien 1983 der erfolgreich abgewehrten Türkenbelagerung von 1683 gedachte, war sogar ein Janitscharen-Musikzug zu Gast und wurde freundlich empfangen. Wie ist das zu erklären?

#### Bedrohung – eine Frage der Quantität

Vor drei Jahrzehnten gab es nur 200.000 Gastarbeiter in Österreich, darunter ein Drittel Türken - ohne Familien! Sie waren gekommen, um in ein paar Jahren möglichst viel Geld zu erarbeiten und sich damit daheim eine Existenz aufzubauen. Die Probleme begannen erst mit der ominösen Familienzusammenführung. Als Verstärker wirkten dann der massenhafte Zustrom muslimischer Flüchtlinge aus Bosnien, Kosovo, Tschetschenien, Nahost und Afrika, die

großzügige Finanzierung radikaler muslimischer Unterwanderung - vor allem durch Saudi-Arabien, aber auch durch das türkische Religionsministerium – und nicht zuletzt der vieltausendfache Mißbrauch von Asylrecht und Sozialleistungen durch Ausländer im allgemeinen.

Der einzelne Fremde wird nirgends als Bedrohung empfunden. Die Abwehrreaktionen im Interesse der Selbsterhaltung beginnen erst, wenn viele kommen. Bei militärischer Invasion wird die Bedrohung sofort bewußt, bei Unterwanderung erst mit Verzögerung – wenn es schon zu spät sei kann. Es war die verlogene „Politische Korrektheit“, von der heute selbst bürgerliche und kirchliche Kreise infiziert sind, welche die Sinne getrübt hat! Sie erst hat in Europa die Integration verhindert und Parallelgesellschaften entstehen lassen, und eben deshalb wird die Bedrohung durch das Fremde jetzt verspätet, aber dafür noch stärker bewußt.

Da man die Bedrohung aber nicht beim Namen nennen darf, wird sie verdrängt, also auf andere Ebenen verlagert. Jene, die uns immer „Verdrängung“ vorhalten, wissen das ganz genau! Ist die Minarett-Kontroverse also ein Religionskonflikt? Nein, und Christen wie Muslime können gar nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, voll in die Falle hineinzutappen – zur Freude lachender Dritter! ***So prägend Religion auch für die Entwicklung von Völkern sein kann, Europa hat es mit Volkstumskonflikten zu tun.***

#### **Aufwiegler und Verharmloser**

Nicht unwesentlich zu den Spannungen beigetragen hat übrigens der türkische „Großwesir“ Erdogan mit seinem Sager: „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette

unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme, und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Gerade Erdogan und Konsorten regen sich jetzt am allermeisten auf – nach der Methode „Haltet den Dieb!“ Notorische Multikulti-Verteidiger kommen natürlich selbst in der Minarett-Frage mit der Rassismus- und Faschismus-Keule. Und manche liefern ein scheinbar pragmatisches Argument - das aber ihre Rabulistik erst recht bloßlegt: Sie lehnen das Minarett-Verbot in der Schweiz ab, weil es ja nicht die Lage der Christen in anderen Ländern verbessere. Richtig, doch es geht eben nicht um anderswo, sondern um Europa!

Sehr aufschlußreich verhielten sich wieder die Meinungs(ver)forscher: Wie bei etlichen Wahlen unterschätzten sie das dem „Mainstream“ nicht genehme Wählerverhalten gewaltig. Damit bewirkten sie aber, daß die „Guten“ ohnehin mit einem sicheren Sieg rechneten und daheim blieben, während die „Bösen“ erst recht mobilisiert wurden. Nachher fand man als Erklärung, daß viele Frauen – auch viele Linke! – für das Verbot zu votieren gewagt hatten, weil sie „ein Zeichen gegen Frauenfeindlichkeit im Islam setzen“ wollten, sich aber angeblich ohnehin auf eine Ablehnung des Anti-Minarett-Begehrens verlassen hätten(!) Natürlich kamen auch die üblichen Ausreden auf „bildungsferne Schichten“, „Globalisierungsverlierer“ und dergleichen.

Besonders originell war jedoch, wie sie zu erklären versuchten, warum man in den Schweizer Städten das Minarett-Verbot mehrheitlich abgelehnt hatte: Wo mehr Muslime seien, gebe es eben weniger Vorurteile! Auf die Idee, daß Entwurzelung, Orientierungslosigkeit und Störung des geistigen Immunsystems in den Städten viel weiter fortgeschritten sind als in ländlichen Gebieten, würde man im „Mainstream“ natürlich nie kommen.

#### **Visaprobleme für Kleriker**

Der Apostolische Nuntius in Israel, Erzbischof Antonio Franco, hat zunehmende Schwierigkeiten bei Visum-Ansuchen für Geistliche beklagt: Selbst für europäische Priester und Ordensleute seien Aufenthaltsgenehmigungen von zwei Jahren auf ein Jahr reduziert worden. Es sei nicht erkennbar, warum manche Ansuchen genehmigt, andere abgelehnt und manche einfach ignoriert würden.

Die Personalplanung der Kirchen im Heiligen Land werde durch diese Praxis der Visa-Vergabe sehr erschwert. Derartige Probleme seien zwar nicht grundsätzlich neu, doch müsse man feststellen, daß sie deutlich größer geworden seien, seit Ministerpräsident Netanyahu das Innenministerium mit Eli Yishai, einem Politiker der ultrareligiösen Shas-Partei besetzt hat. RGK

#### **Satelliten-Zensur**

Die Betreiber der von Ägypten beziehungsweise Saudi-Arabien aus operierenden Fernsehsatelliten „Nilesat“ und „Arabsat“ haben die Ausstrahlung des in arabischer Sprache sendenden iranischen Nachrichtenkanals „Al-Alam“ („Die Welt“) abgebrochen. Die Maßnahme erfolgte ohne Vorankündigung und ohne weitere Erklärungen. Es wird angenommen, daß die Machthaber Ägyptens und Saudi-Arabiens, deren Rückhalt in der eigenen Bevölkerung dramatisch abnimmt, die Abschaltung anordneten, weil sie den wachsenden iranischen Einfluß fürchten. Da Nilesat und Eutelsat im Frühjahr eine strategische Zusammenarbeit vereinbart haben, ist nicht auszuschließen, daß demnächst auch Eutelsat die bisher ausgestrahlten iranischen Kanäle, darunter Al-Alam, einstellt. RGK

## Wie kam es zum Finanzkollaps? Schuldspruch für Carter und Clinton

Schuld an der Finanzkrise sind die US-Banken und die Gier der Amerikaner, so das einhellige Urteil. Daß Politiker den Startknopf für das Finanzchaos auslösten, wird bis heute verschwiegen.

Als US-Präsident Carter sein Amt antrat, waren zwei Drittel der weißen Amerikaner Besitzer eines Eigenheimes, doch nur weniger als die Hälfte der Schwarzen. Carter änderte daher die Kreditgesetze, sein Nachfolger Clinton setzte den Kurs fort und auch Bush sen. wollte gewählt werden und ging den verhängnisvollen Weg in den Abgrund weiter. Jeder Farbige bekam unabhängig von seiner finanziellen Lage für den Kauf eines Eigenheimes eine staatliche Starthilfe. Die bisherigen Kriterien der Banken für die Kreditvergaben wurden amtlich als altmodisch, willkürlich und diskriminierend eingestuft. Es gab subprime-Kredite für Farbige, die viel zu wenig verdienten, um sie zurückzahlen zu können, aber auch Kredite an Leute, die weder Einkommen, noch Geld oder sonstige Werte hatten. So konnte sich jeder ein Haus leisten, das er sich gar nicht leisten konnte. Wer von der Bank abgelehnt wurde, konnte wegen Diskriminierung klagen. Einer der erfolgreichsten Diskriminierungs-Anwälte war der derzeitige US-Präsident Obama.

**Kredite wurden unter Carter demokratisiert, so nannte man das.**

Kredite wurden bis zu 125 Prozent des Hauswertes gegeben und da die Immobilienpreise infolge der großen Nachfragesprunghaft stiegen, wurden Häuser ohne Eigenkapital zunehmend zur Spekulation gekauft. In der Regel hatte man beim Wiederverkauf nicht nur

die 25 Prozent über den eigenen Kaufpreis, sondern auch die absurden, bis zu 100 Prozent und darüber liegenden Preissteigerungen verdient. Bei Zahlungsunfähigkeit hat man jedenfalls die 25 Prozent über den Hauswert verdient. Der Autor, Hans-Olaf Henkel, konnte sich davon selbst überzeugen. Als er sein Haus in den USA wegen beruflichen Standortwechsels nach zwei Jahren verkaufte, erzielte er mit 230.000 Dollar 10 Prozent (steuerfrei!) Gewinn. Als er nach Jahren sein ehemaliges, unverändertes Haus wieder sah, erklärte ihm die Besitzerin, daß das Haus inzwischen sechs Mal den Besitzer gewechselt hat und derzeit um 2,5 Millionen Dollar verkauft werden könnte.

Es genügte, die (in den ersten zwei Jahren künstlich niedrig gehaltenen) Kreditzinsen zu bezahlen. Das Ende war vorauszu sehen. 2006 fielen die Preise ins Bodenlose, die Blase platzte und 12 Millionen US-Bürger verloren ihr Haus. Es genügte, der Bank in einem Brief das Hauseigentum zu übertragen und die Schlüssel beizulegen. Die Banken haben keine Regressansprüche an Einkommen, Besitz oder Vermögen. Die unausweichliche Folge war, auch die Banken waren pleite.

Eine Blase ist eine Blase, der sich keiner entziehen kann oder will. Was der Nachbar tut, tu ich auch und setze noch eins drauf. Dabei handelt es sich nicht in erster Linie um ein ökonomisches, sondern um ein psychologisches Phänomen, bei dem die Politik kräftig nachgeholfen hat. Der ei-

gentliche Kraftstoff dieser gewaltigen Konjunkturlokomotive, die die ganze Welt mitzog, war die unverantwortliche Niedrigzinspolitik von Alan Greenspan, er senkte den Leitzins innerhalb von drei Jahren von 6 auf 1 Prozent. Greenspan war fast zwanzig Jahre an der Spitze der US-Notenbank Federal Reserve. Eine Privatbank, die das Recht hat, unkontrolliert und ungeprüft Geld zu drucken. Greenspans Politik bestand darin, billiges Geld in die Märkte zu pumpen. Auch als der Markt schon überhitzt war, weigerte er sich, den Leitzins zu erhöhen.

Als die Geldmenge 2005 erstmals 10 Billionen Dollar überschritt, beschloß man die Geldmenge nicht mehr zu veröffentlichen.

Man hatte auch keine Hemmungen, die Inflationsrate zu fälschen, indem man im Warenkorb je nach Lage teure Waren gegen aktuell billige austauschte. So wurde die Inflationsrate um drei bis sechs Prozent herunter geschwindelt.

Auch viele Firmen verstanden sich darauf. So wurden Abteilungen, die Kosten verursachten, ausgelagert und erhöhten so als Scheinproduktivität den Umsatz.

Auch die durch das billige Geld überdehnte Leasingblase platzte, als man auf den zurückgegebenen Autos sitzen blieb. Zu den Millionen unverkaufter Häuser kamen nun Millionen unverkäuflicher Autos. Die ebenso fatale Kreditkartenblase war die dritte Blase, die platzte.

Diese gigantische Entwick-

lung nach unten hatten vor den Amerikanern bereits die Japaner produziert, doch niemand hat davon gelernt.

Die großen Gewinner dieser Entwicklung waren die großen US-Banken, die die faulen Kredite bündelweise an die europäischen Banken verkauften, die sie wiederum als absolut sichere Anlage ihren Kunden weiter verkauften. Die meisten Banker waren überfordert, um die Gefahr zu wittern, doch gab es auch welche, die an Skrupellosigkeit ihren US-Kollegen in nichts nachstanden. Schließlich wollten auch die Politiker nicht zurückstehen und mit Steuergeld ihre nicht gedeckten, überhöhten Ausgaben mit Spekulationen „verdienen“. Manche nahmen dafür auch Kredite auf. Niemand wollte zurückstehen: Nicht der Bund, nicht die Länder und nicht Städte und Gemeinden. Selbstverständlich mußten auch alle Unternehmen mitziehen, in denen die Politik das Sagen hat. Ein ranghoher Politiker: „Alle haben es gemacht.“

Wie man die dadurch entstandenen Schulden zurückzahlen wird, darüber schweigen sich die Politiker aus. Eine radikale Geldentwertung würde zu Unruhen führen, die schnell in ein Chaos übergehen könnten. Das wahrscheinlichste sind mit einer Inflation gekoppelte neue Steuern. Der große Gewinner wäre der Staat, der, wie ein Politiker erklärte, durch die Inflation aus dem Schuldenberg „herauswachsen“ wird.

**Hans-Olaf Henkel  
Die Abwracker**

Heyne Verlag, 256 S, Euro 20,60

## Strom wird teurer Bedanken Sie sich bei den Politikern

Der Zorn der Bevölkerung in Oberösterreich über die ab 1.1.2010 geltende Strompreiserhöhung gilt Energie AG und Linz AG, die ihren Vertrieb aus Kostengründen in einem gemeinsamen Unternehmen gebündelt haben. Die für die Preiserhöhung allein verantwortlichen Politiker waschen ihre Hände in Unschuld. Doch „man soll den Kakao, durch den man Euch zieht, nicht auch noch trinken“, meinte schon Erich Kästner.

### Mit Wasserkraft nahe an der Strom-Autarkie

Der Ausbau von Österreichs Wasserkraft-Ressourcen würde das Land nicht völlige, jedoch weitgehende Autarkie ermöglichen. Wasserkraftwerke finanzieren sich außerdem selbst und werfen Steuern und Gewinne ab.

Jahrelang erzählten uns die Politiker jedoch, daß die EU es nicht erlaubt, Wasserkraft zu den erneuerbaren Energieträgern zu zählen. Unsere Politiker haben uns belogen!

Die Energiepolitik war außerdem verantwortungslos bis dilettantisch. „Tun wir uns doch nicht den Aufwand an, neue Wasserkraftwerke zu bauen, wir bekommen den Strom doch billig aus dem Ausland.“

Ein Beispiel für die Unbedarftheit unserer Politiker:

o Wir brauchen keine neuen Kraftwerke, die Tschechen sind froh, wenn wir ihnen ihren Überschußstrom abkaufen.

o Über Nacht (!) entdeckten unsere Dilettanten, daß die Tschechen keinen Überschuß haben und daher Kernkraftwerke bauen wollen.

**Die Grünen forderten eine Sondersteuer, damit wir den Tschechen die Stromimporte bezahlen können und daher keine Kernkraftwerke bauen müssen.**

Van der Bellen forderte eine drastische Erhöhung der Energiekosten. Benzin müsse, so die Abg. Moser in einer Zeit, in der Benzin weniger als zehn Schilling kostete, mindestens 30 Schilling kosten. Und Moser weiter:

**„Unser Endziel ist das Verbot des Privatautos, wobei es jedoch Ausnahmen für Politiker geben muß.“**

Die Salzburger Grünen forderten ein Ver-

bot der Wärmepumpe, die beste und preisgünstigste Wohnraumheizung.

„Die Grünen haben sich unter Van der Bellen geändert, weil sie nur so die Möglichkeit bekommen werden, mitzuregieren um dann ihre wahren Ziele verwirklichen zu können“, soweit die Mitbegründerin der Grünen Freda Meissner-Blau.

Vorerst waren es nur lose organisierte Gegner jedweden Fortschritts, die ihre Ziele mit Demonstrationen und Baustellenbesetzungen von Straßen- und Kraftwerksprojekten erreichten oder diese zumindest verzögern und verteuern konnten, wessen sie sich auch rühmten

### Die Geburtsstunde der Grünen

Ein Fanal war das Donaukraftwerk Hainburg, mit dem man die Au hätte bewässern und Strom erzeugen, sowie die Schifffahrt großer Schiffe von Schwarzen Meer bis Wien ermöglichen können. Doch Bundeskanzler Sinowatz ging vor der Gewalt in die Knie. Die Probleme der Au und der Donau sind bis heute nicht gelöst.

Mit den gleichen Methoden wurde ein großes Speicherkraftwerk in Reichraming, Oberösterreich verhindert. Ein Gendarmereioffizier schrieb damals an die Zeitbühne: „Ich habe es nie für möglich gehalten, daß sich Spitzenpolitiker so untertänig, so kriecherisch gegenüber gewaltbereiten Demonstranten verhalten würden.“

Doch dann traten die Grünen als Partei auf den Plan. Sie scheiterten mit ihren Baustellenbesetzungen an der Pyhrnautobahn, am Mur-Kraftwerk Fischening und auch am Traunkraftwerk Lambach. Sie konnten nichts verhindern, aber feierten Verzögern und Verteuern als Erfolg.

In Lambach war ihnen kein Trick zu schätzig. So taufte sie bei den Grabarbeiten aufgefundene Tote aus den Bauernkriegen zu toten Juden um, deren Totenruhe man nicht stören dürfe - daher kein Kraftwerk!

### Die grüne Energiewende

Die Bildung der schwarz-grünen Koalition in Oberösterreich 2003 brachte den Grünen das größte Ressort, das je ein Landesrat innehatte. Das Wichtigste davon - die Energie. Die ÖVP-Morgengabe der ÖVP an die Grünen war der Verzicht auf das zweite Ranna-Speicherkraftwerk.

Ein Konzept der Energie AG über neue große Wasserkraftwerke, das lediglich jene 20 Prozent der politisch aussichtsreichsten Standorte der Gesamtressourcen Oberösterreichs enthielt, liegt seit Jahren unbeachtet in irgendeiner Schublade. So sieht Oberösterreichs Energiepolitik aus.

Im Koalitionsabkommen 2009 wurde dem grünen Landesrat Anschöber neuerlich das Recht eingeräumt, seine Energiewende fortzuführen. Das heißt, Forcierung der

o Photovoltaikanlagen mit Stromkosten zum 11-fachen Preis gegenüber Wasserkraft und

o Windkraft mit Stromkosten zum 30 bis 40-fachen Preis gegenüber Wasserkraft.

### ÖVP-Minister als grüner Handlanger

Umweltminister Berlakovich unterstützte die ö. Grünen im Wahlkampf mit einem Energie-Autarkie-Inserat. Nun will er Grenzwerte für Verkehr und Wohnraumheizungen erlassen. Wer diese überschreitet, soll zur Verantwortung gezogen werden - das heißt, muß zahlen!

Österreichs Stromkunden müssen daher nicht nur für nicht marktreife Energieträger bezahlen, sondern künftig auf Umwegen auch für neue Abgaben, Strafen für zu hohen Verbrauch, Ökosteuern und jetzt schon hohe Importpreise für Strom, weil der Ausbau unserer Wasserkraft weitgehend verhindert wird.

Was Österreich fehlt, sind Staatsmänner, doch weit und breit ist keiner zu sehen.

# Geplante Luftnovelle vernichtet Arbeitsplätze

Wirtschaftskammer fordert gleiche Spielregeln für Oberösterreichs Wirtschaft

Der vom Lebensmittelministerium (Minister Berlakovich) ausgesandte Entwurf zum Immissionsschutzgesetz (IG-L) muß grundlegend geändert werden. WK-Vizepräsident Dipl.Ing. Dr.Clemens Malina-Altzinger : „Unsere Betriebe investieren mit knapp 250 Millionen Euro pro Jahr österreichweit mit Abstand am meisten in den Umweltschutz. Wogegen wir uns mit allem Nachdruck wehren, sind einseitige Verschärfungen in Österreich, die Arbeitsplätze kosten, weil dadurch Betriebe gezwungen sind, in Länder mit wesentlich niedrigeren Umweltstandards abzuwandern.“

Die hohen Umweltinvestitionen oberösterreichischer Betriebe zeigen Wirkung. So konnten die Feinstaubemissionen während der vergangenen sieben Jahre oberösterreichweit um elf Prozent reduziert werden. Die Stickstoffdioxidemissionen konnten in den letzten 17 Jahren um 21 Prozent gesenkt werden, beim Schwefeldioxid beträgt die Reduktion sogar 56 Prozent. Auch in einem aktuellen Vergleich der EU-27 konnte sich Österreich erfreulicherweise bei den Aufwendungen zur Reduktion der wichtigsten vier Luftschadstoffe im Verhältnis zum BIP mit Platz fünf ganz weit vorne positionieren.

## Österreich verschärft EU-Vorgaben im Alleingang

Obwohl die EU ihre Luftvorgaben vor kurzem im Zuge einer Überarbeitung als ausreichend bestätigt hat, will Österreich die EU-Vorgaben beim Jahresmittelwert für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) nach wie vor um 25 Prozent unterschreiten.

Bei den zulässigen Tagesmittelwert-Überschreitungen für Feinstaub wollen wir sogar um 28,6 Prozent strenger sein als die EU. Und dies, obwohl die EU-Werte ohnehin sehr ambitioniert sind und sich an den strengen Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) orientieren.

Malina: „Für mich stellt sich die Frage, warum wir gerade in Österreich einem derartigen ‚Umweltmasochismus‘ huldigen. Ganz Europa lacht uns aus, weil man weiß, daß wir das nicht schaffen können. Das Resultat wäre, daß wir, wie schon bei der Kyoto-Diskussion, wieder einmal völlig unnötig als Umwelt-Nachzügler an den internationalen Pranger gestellt würden.“

## Anstieg der Luftsanierungsgebiete und die Folgen

Mit dem einseitigen Absenken der Luftvorgaben würden sich z.B. die relativ kleinräumigen Bereiche mit NO<sub>2</sub>-Grenzwertüberschreitungen massiv ausweiten. Derzeit kommt es zu NO<sub>2</sub>-Überschreitungen lediglich entlang der A1 von Enns bis Haid und in einem Teil der Linzer Altstadt. Künftig würden sich diese Gebiete auf den gesamten Zentralraum Linz — Wels sowie entlang aller oberösterreichischen Autobahnabschnitte ausdehnen. Dasselbe gilt für die Verschärfung beim Feinstaub: In den Städten Braunau und Steyr sowie im Raum Vöcklabruck/Lenzing würde es aufgrund der strengeren österreichischen Feinstaubregelungen völlig unnötigerweise zu Grenzwertüberschreitungen kommen, obwohl dort die EU-Vorgaben ohne Probleme eingehalten werden können.

Als Folge müßten großräumige Luftsanierungsgebiete ausgewiesen werden. Dies mit allen damit verbundenen Nachteilen für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich, die von Einschränkungen im Verkehrsbereich bis hin zu einem Stopp für Betriebsansiedlungen oder -erweiterungen reichen. Auch Infrastrukturvorhaben, wie Straßen- oder Bahnprojekte würden entsprechend erschwert oder gar vereitelt werden.

## Entwurf schießt auch bei Verkehrsbeschränkungen weit übers Ziel hinaus und nimmt Betrieben Rechtssicherheit

Bisher sieht das IG-L sinnvolle Ausnahmen in Luftsanierungsgebieten

sowohl für Betriebsanlagen als auch für den Verkehr vor, die nun gestrichen werden sollen. So soll z.B. die Ausnahme für den sogenannten Ziel- und Quellverkehr fallen. Diese Regelung stellte bisher die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft in Luftsanierungsgebieten sicher, weil es Unternehmen in einem Sanierungsgebiet das ungehinderte Zu- und Abfahren ermöglichte. Die vorgesehene radikale Streichung dieser Ausnahme würde selbst Fahrten mit modernsten Fahrzeugen stark in Frage stellen.

Die geplanten Änderungen könnten außerdem dazu führen, dass Betriebsanlagen innerhalb von zehn Jahren gleich zweimal nachzurüsten wären. Dies würde sich für die Rechtssicherheit und damit für die Bereitschaft, in Österreich zu investieren, verheerend auswirken.

Malina abschließend: „Ich appelliere an alle Entscheidungsträger und Verantwortlichen, insbesondere an Minister Berlakovich, alles zu unternehmen, um gleiche Spielregeln für österreichische Betriebe zu schaffen. Setzen Sie sich, wie im Regierungsübereinkommen vorgesehen, für eine Angleichung der österreichischen IG-L Werte an die Luftvorgaben der EU ein und erteilen Sie weiteren geplanten Verschärfungen, insbesondere im Verkehrsbereich, eine klare Absage.“

**Die Redaktion:** Minister Berlakovich hat schon im ersten Jahr seiner Amtszeit gezeigt, daß er keineswegs die Interessen Österreichs vertritt.

Die Frage drängt sich auf: Wessen Interessen vertritt der Herr Minister?

# Über den Sinn und Unsinn von „Klimaschutzmaßnahmen“

Von Rainer Winkler

Nachdem schon in Ausgabe 5/2009 dies anhand des CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels und der Sparlampen aufgezeigt worden ist und die Einführung der pauschalierten „Atemsteuer“ bei der „Zulassung“ eines Menschen vorgeschlagen worden ist, soll nun anhand aktueller Pressemeldungen der ökonomische Unsinn anhand konkreter Beispiele aufgezeigt werden. Das deutsche Wochenmagazin „STERN“ brachte in der Nummer 44/09 vom 22.10.2009 im Blattteil „Journal: Energiesparen. Dicht gemacht“ unter der Vorankündigung „Der STERN und RWE (Anmerkung: Also offenbar unter Mitwirkung wirklicher Fachleute!) haben sechs Häuser und Wohnungen saniert. Ein Praxisbericht. Ab Seite 80...“ einen aufschlußreichen Beitrag zum Problem „Energiesparen“ als Bestandteil von „Klimaschutzmaßnahmen“.

Die Lektüre und der unten folgende Kommentar mit nachvollziehbaren Berechnungen werden den Leser wohl sehr beeindruckt und verunsichert zurücklassen. Im Detail: Unter dem Aufmacher „Wir haben dicht gemacht“ wurden von „Experten der RWE“ sechs Wohnungen und Häuser zu echten Energiesparern umgebaut. Eine Abenteuer-geschichte mit „glücklichem Ende“. Wie schaut das „glückliche Ende“ unter dem offensichtlichen Motto „es muß gespart werden, egal wie viel es kostet“ aus?

Es wird detailliert beschrieben, welche Maßnahmen, dem jeweiligen Objekt angepaßt, getroffen wurden. Das

sind zum Beispiel: Austausch der Ölheizung gegen Holzpelletskessel in Kombination mit Luft/Wasser-Wärmepumpen Sparrendämmung, Neueindeckung des Daches, Fassadendämmung Neuverglasung der Fenster mit Wärmeschutzverglasungen, neue Haustüren Kellerdeckendämmung, Ausmauern von Heizkörpernischen, neue Fensterbänke

Dämmung der Rollladenkästen Gas-Brennwert-Heizung mit Solarunterstützung der Warmwasserbereitung Rauchfangsanierung, neue Heizungsarmaturen Dämmung der Heizungsrohre (Anmerkung: Wozu??) Überdachung der Haustüre, Verlängerung des Dachüberstandes Dämmung der obersten Geschoßdecke

Fenster mit Dreifach-Wärmeschutzverglasung und integrierter Be- und Entlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung Austausch der Kellerfenster (Anmerkung: Also insgesamt durchaus sinnvolle Maßnahmen. Wer das bei welchem Objekt im Detail wissen will, der sei auf die Homepage des STERN verwiesen oder schreibe [briefe@stern.de](mailto:briefe@stern.de) an.

Nun folgt die Zusammenstellung der von STERN und RWE ermittelten Fakten.

	1	2	3	4	5	6	Summe
Kosten	112.000	13.000	25.000	102.000	233.000	44.000	529.000
Verbrauch Bisher kWh/a	30.000	20.000	3.150	65.000	88.300	23.740	230.190
Erwartete Ersparnis	24.900	2.400	1.390	26.000	56.540	5.935	111.230
CO <sub>2</sub> Einsparung Kg/a	7.700	590	340	8.100	13.960	1.470	32.200
Baujahr	1957	1908	1887	1972	1954	1978	

Einem Gesamtaufwand von € 529.000 und einem Gesamtverbrauch von 230.190 kWh/a steht eine „erwartete (Anmerkung: Die Praxis zeigt, daß hier die Hoffnung zu große Illusionen weckt!) Ersparnis“ von 111.230 kWh/a gegenüber. Diese erspart lt. Erwartung den Ausstoß von 32,2 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Was kosten 32,2 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissions-Zertifikate? 32,2 t x 15,— €/t = € 483,—!

Frage 1: Welcher ökonomisch nicht völlig Unbedarfte gibt € 529.000 aus, um sich € 483,— (<1 o/oo!!) pro Jahr zu ersparen für den Fall, daß er etwa (neue Energiesteuerquelle auch für Haushalte!) bei unverändertem CO<sub>2</sub>-Ausstoß auch CO<sub>2</sub>-Emissions-Zertifikate kaufen wird müssen?

Frage 2: Die Objekte sind zwischen 31 und 122 Jahre alt (Durchschnitt ca. 66 Jahre) Die Investition von € 529.000 ist mit der Amortisationsquote von 2-3% (entspricht 50-33 Jahre Lebensdauer, im Mittel 2,5%) abzuschreiben. Bei einer Eigenkapitalverzinsung von rechnerisch 1,5% (vereinfacht 50% von 3% vom fallenden Kapital) resultiert eine Quote von 4%.

(Anmerkung: Wer mit Eigenkapital saniert, kann auf Subventionen rechnen, dann zahlt die Differenz wehrlos der Steuerzahler! Wer mit Fremdkapital finanziert saniert, braucht trotz Subvention gar nicht mehr weiter zu lesen!) Die sechs vom Klimarettungswahl infizierten und von den

professionellen Klimarettern wissentlich Betrogenen zahlen daher pro Jahr € 21.160,—, um sich (bloß erhofft!) bei einem Mittelpreis (Öl-, Gas-, Strom, Kohle-, Koks- und Holz-Kilowattstunde) von 10 Eurocent 0,1 x 111.230 = € 11.123 (bestenfalls!) zu ersparen. Und der Anteil an der Rettung der Welt vor dem Wärmetod summiert sich auf eine Ersparnis von € 483,— pro Jahr.

Wenn die Leute also ca. € 265.000 in Banknoten gleich verbrannt und sonst gar nichts getan hätten, wären sie ökonomisch so wie jetzt nach dem „glücklichen Ende einer Abenteuer-geschichte“ da gestanden. Solches „Energiesparen“ ist Schwachsinn!

## Hypo Group Alpe Adria Ein Ende mit Schrecken

Für die Kärntner Hypo Group Alpe Adria war die Verstaatlichung die bei weitem billigste Lösung, auch wenn dieses Wort im Hinblick auf die Dimension des Desasters obszön klingen mag. Auch der Begriff Verstaatlichung muß ins rechte Licht gesetzt werden, denn mit dem Schlachtruf „Gewinne werden privatisiert, Verluste verstaatlicht“, hat dieser Skandal gar nichts zu tun. Diese Bank war stets mehrheitlich im Besitz des Landes Kärnten, ab 2007 der Bayerischen Landesbank. Dr. Leonhard Helbich-Poschacher beleuchtet in einer kritischen Analyse das Verhalten einzelner involvierter Personen.

Wie konnte es soweit kommen? Expandieren um jeden Preis und die Überzeugung, daß einer Bank im Besitz der öffentlichen Hand nichts passieren kann- ein Irrglaube. Der Aufstieg begann 1992, als sich das Land Kärnten die Grazer Wechselseitige Versicherung als Miteigentümer in die damals bescheidene Bank (Bilanzsumme 1,87 Mrd.Euro) holte. Von da an ging es unter dem neuen Vorstand Wolfgang Kulterer rasch aufwärts. 2008 betrug die Bilanzsumme 42,3 Milliarden.

Die Expansion erfolgte zum Teil durch die Finanzierung von Landesinvestitionen wie etwa das Schloßhotel oder die Seebühne. Fragwürdig wirkt die Finanzierung der laufenden Verluste des Krankenhauses. Von Rückzahlung scheint hier nie gesprochen worden zu sein. Der dadurch entstandene Schuldenberg soll dem Vernehmen nach derzeit rund einer Milliarde Euro betragen. Das Land Kärnten haftet dafür.

Die großen Aktivitäten wurden jedoch in Slowenien und Kroatien gesetzt. Dort lag die Perle der Hypo Alpe Adria Bank, wie Tilo Berlin feststellte, und man dürfte anfangs wirklich sehr gut verdient haben. Allerdings mit oft fragwürdigen Geschäftspartnern. So etwa finanzierte die Hypo ein dubioses Immobilienprojekt mit 260.000 Euro für einen kroatischen Ex-General, der jetzt im Gefängnis sitzt. Ranghohe Politiker, wie Ivo Sanader, bis vor kurzen kroa-



*Dr. Helbich-Poschacher: Das Ausmaß dieses Finanzdschungels wird nur noch von der präpotenten Überheblichkeit der dafür verantwortlichen Kärntner Politiker übertroffen*

tischer Regierungs-Chef, sollen hohe Provisionen erhalten haben.

Die ersten öffentlich bekannten Schwierigkeiten begannen, als im März 2006 Spekulationsverluste von mehr als 300 Millionen Euro bekannt wurden. Kulterer trat als Vorstand zurück und wurde Aufsichtsrats-Präsident, hatte also weiterhin das Sagen.

2008 gestanden Wolfgang Kulterer und Ex-Vorstandsmitglied Thomas Morgl vor Gericht die Bilanzfälschung. Kulterer wurde zu einer Geldstrafe von 140.000 Euro verurteilt. Die Hypo suchte um Staatshilfe an und bekam 900.000,- Euro

Doch schon im Dezember 2006 stieg der deutsche Finanzmanager Tilo Berlin, hinter dem vermögende Investoren

standen, mit 9 Prozent bei der Hypo ein und erhöhte den Anteil der Investorengruppe durch Ankauf von Anteilen der Grazer Wechselseitigen bis März 2007 auf 25 Prozent.

### Rettungsverkauf an die Bayerische Landesbank?

Der Verkauf von Anteilen an der Hypo Alpe Adria des Landes Kärnten und die Beteiligung der Berlin-Investorengruppe ohne Ausschreibung erscheint sehr merkwürdig. Der Kaufpreis von 1,6 Milliarden Euro wurde bald von der Bayerischen Landesbank als um 400 Millionen überhöht festgestellt. Dazu mußte sie noch einmal mehr als eine Milliarde Euro zuschießen, wodurch ihr Anteil auf 67 Prozent stieg. Das Land Kärnten war nur mehr mit einer Minderheit beteiligt. Doch was hat die Bayerische Landesbank entdeckt, waren ihr die Folgen, damit an die Öffentlichkeit zu gehen, zu riskant?

### Das Spiel ist aus

Es waren die faulen Kredite am Balkan, die den Schlußpunkt setzten. Das Ergebnis der Verhandlungen: Die Bank wird verstaatlicht.

o Der Bund muß zusätzlich zur Staatshilfe von 900 Millionen sofort 450 Millionen einbringen. Wieviel die Hypo dem Steuerzahler wirklich kostet, weiß derzeit niemand.

o Die Bayerische Landesbank verzichtet auf Forderungen von 825 Millionen, Gesamt-

verlust 3.725 Milliarden.

o Das Land Kärnten bezahlt 227 Millionen.

o Die Grazer Wechselseitige Versicherung bezahlt 30 Millionen.

Eine Insolvenz hätte einen Dominoeffekt wie bei der Lehman Bank in den USA auslösen können. Außerdem wäre die Landeshaftung von fast 19 Millionen schlagend geworden, die der Bund hätte zahlen müssen. Merkwürdig war das Verhalten der Bankaufsicht, die die HYPO schon seit Jahren „massiv beobachtet hat.“

Landeshauptmann Gerhard Dörfler bezeichnete sich als Retter der Bank, der sie schon beim Verkauf an die Bayern und bei den letzten Verhandlungen noch einmal gerettet hat. Daß die Bank mit fast 19 Milliarden bei einem Budget von 2 Milliarden haftete, war ihm nicht bewußt.

BZÖ-Obmann Uwe Scheuch reagierte auf die Feststellung, man habe mit der Bayerischen Bank einen Dummen gefunden, mit einem Grinsen. Außerdem meinte er, schuld sind die anderen.

Der Vorstand der Bayerischen Bank trat zurück, weitere Köpfe werden rollen.

In Österreich gibt es offensichtlich nur Unschuldslämmer. An Konsequenzen wie etwa „freiwillige“ Rücktritte, denkt niemand. Rücktritte wären auch zu wenig. Das Gericht, der Staatsanwalt ist gefordert. Alles andere würde Österreich international schweren Schaden zufügen.